

Prof. Dr. Johannes Ludwig

HAW Hamburg / Design, Medien und Information

Fächer: Medien + Wirtschaft (M+W), Management, Redaktionsarbeit und Redaktionsorganisation, Projekt DokZentrum  
ansTageslicht.de

[www.johannesludwig.de](http://www.johannesludwig.de)

## WKMT: Was kann man tun?

Wenn man mit bestimmten Situationen oder anderen Dingen **nicht zufrieden oder nicht einverstanden** ist, gibt es grundsätzlich **2 Möglichkeiten**:

- darüber zu ‚maulen‘, also zu meckern, z.B. in der Kneipe
- etwas dagegen zu unternehmen. Dabei kann man natürlich trotzdem ‚maulen‘ oder meckern, egal wo und wie.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Varianten:

- im ersten Fall ändert sich – durch eigenes Zutun – mit Sicherheit nichts
- im zweiten Fall wird man aktiv und steigert die Wahrscheinlichkeit, dass sich etwas ändern kann.

Verschiedene Institutionen, Bewegungen, Foren etc versuchen daher, die zweite Alternative zu sponsern:

- die Körber-Stiftung in Hamburg z.B. richtet ihre Aktivitäten für und an Bürgern aus, „die **nicht alles so lassen wollen, wie es ist**“
- das Motto des DokZentrum ansTageslicht.de (Projekt an der HAW) wiederum lautet: „**Medien und Menschen verändern die Welt. Nicht immer, aber immer ein bißchen.**“
- ein bereits in die Jahre gekommener Politslogan aus den 80er Jahren ging so: „**Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt**“

In einem Land wie Deutschland, das sich im Vergleich zu den meisten anderen Ländern dieser Erde durch sehr viele Freiheitsrechte auszeichnet, sind die **Möglichkeiten, sich einzumischen, sehr groß**:

- sie sind vielfältig
- und einflussreich, weil nachhaltig.

Darum geht es hier in dieser Zusammenstellung mit dem Titel „Was kann man tun?“. Dies soll in insgesamt 5 Schritten geschehen.

### I Allgemeine Überlegungen:

#### Möglichkeiten der Mitsprache ganz grundsätzlich

Im a) **privaten Umfeld**, b) am **Arbeitsplatz** oder auch c) im **gesellschaftlich-sozialen Zusammenleben** lassen sich bei fast allen Aktivitäten unterschiedliche Aktivitäts-Niveaus vorstellen. Sie reichen von

- Passivem Mitmachen bis
- Aktivem Handeln.

Dazwischen liegen unterschiedliche Formen an aktiv-sein bzw. aktiv-werden.

Beispiele, wie das konkret aussehen kann, finden sich im Downloadbereich > M+W > Was kann man tun?:

- Im **Umweltkodex** des Weltverbands für Ingenieure aus dem Jahre 1985
- der Richtlinie 3789 des Vereins der Ingenieure: VDI-RL 3780 zum Thema „**Technik und Verantwortung**“
- Im **Pressekodex**, der in Deutschland gilt und Standards für die Öffentliche Kommunikation setzt: für die Medienmacher und die Mediennutzer

Das ‚Einmischen‘ in die d) (**hohe**) **Politik** ist hierzulande deshalb möglich, weil die BRD demokratisch verfasst ist. Allerdings machen sich deutliche Schwächen bemerkbar:

- Eine „repräsentative“ Demokratie lebt von der politischen Arbeitsteilung: die Wähler übergeben ihre Entscheidungen an eine spezifische politische ‚Kaste‘, die in Deutschland aus Berufspolitikern besteht. Deren Interessen und Motive richten sich – u.a. nach einer Wahl – sehr oft an anderen Aspekten aus als am übergebenen Mandat - Stichworte: Fraktionszwang, Parteisoldatentum, Verantwortung gegenüber dem „eigenen Gewissen“, etc
- Wenn die (Berufs)Politiker („Volksvertreter“) ‚abheben‘, verlieren sie den Kontakt zu ihren Mandatsgebern, den Wählern, und werden oft auch ignorant gegenüber jenen Dingen und Problemen, die die Menschen („unten“) beschäftigen und die sie – eigentlich – vertreten sollen

Diese **Schwächen im System** zeigen sich in letzter Zeit immer deutlicher. Und immer stärker werden auch die Gegenreaktionen der Menschen, die sich nicht mehr wirklich ‚vertreten‘ sehen:

- Generell an der tendenziell schwindenden Wahlbeteiligung bei vielen (nicht allen) Gelegenheiten, wo Bürger inzwischen der Meinung sind bzw. das Gefühl haben, nichts mehr ausrichten zu können und/oder frustriert sind (Stichwort „Politikverdrossenheit“)
- An vielen Großprojekten, die von ‚oben herab‘ durchgezogen werden (sollen, in so genannter Basta-Manier) wie z.B. Stuttgart 21, Flugrouten für den Großflughafen BBI in Berlin-Schönefeld.

Dass dann doch oft der Bürgerwille ‚ganz unten‘ nicht immer übersehen oder umgangen werden kann, zeigt sich an folgenden Beispielen (nur sehr kleine Auswahl):

- Den mehrfach **verhinderten Diätenerhöhungen**, die sich die Parlamentarier selbst still und leise genehmigen wollten, in einigen Bundesländern und auch auf Bundesebene: durch öffentliche Diskussionen und öffentlichen Druck
- Der **Landtagswahl in Baden-Württemberg** im März 2011
- Dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem ‚**Ausstieg aus der Kernenergie**‘ (politisch definitiv beschlossen am 6. Juni 2011)
- Dem inzwischen mehrfachen Votum der Einwohner von **Island**, nicht für die gigantischen Schulden der im Zuge der Finanzkrise pleite gegangenen isländischen Banken finanziell gerade zu stehen (was derzeit sogar die Beitrittsverhandlungen der ‚hohen Politik‘ zur EU beeinträchtigt).

In Ländern, die ihre eigene Problemspezifik haben (arabische Welt; Griechenland, Spanien, Portugal in Europa), funktionieren die Möglichkeiten derer, die sich Gehör verschaffen wollen, teilweise anders.

## Möglichkeiten der Mitsprache auf mindestens 4 gesellschaftlichen Ebenen:

Jeder Bürger hat als Mitglied der „Zivilgesellschaft“ unterschiedliche Möglichkeiten der Einflussnahme/Mitsprache:

### 1) Als **Bürger/Wähler/Steuerzahler:**

- Bei der Wahlentscheidung (allerdings nur in größeren Zeitabständen)
- Durch politisches Engagement – in welcher Form auch immer (dazu später mehr)
- Durch Weitergabe bzw. Kommunikation relevanter Informationen, die zB nicht durch die traditionellen Medien (Zeitung, TV) gehen, an andere

### 2) als **Konsument/Verbraucher:**

- Mit der eigenen Kaufentscheidung bzw. auch bewusstem Boykott spezifischer Firmen bzw. deren Produkte (wo und wie wird das Produkt hergestellt? Menschenrechte und ähnliche Konventionen eingehalten? Keine Kinderarbeit? Adäquate/faire Entlohnung und Arbeitsbedingungen?)
- Entscheidung für eine bestimmte Bank (die z.B. keine Unternehmen finanziert, die die weltweit geächteten Tellerminen herstellt) oder für eine bestimmte Versicherung (z.B. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit statt „shareholder value“)
- Weitergabe/Kommunikation relevanter Informationen (zB im Urlaub oder auf Reisen gewonnen, etwa im Kontext eines ‚Besuchs‘ der Fa. Foxconn in Shenzhen/China, einem Zulieferer von Apple (i-phone, i-pad), Nintendo (Wii) u.a.: weltgrößter Fabrikproduktionskomplex mit 420.000 Beschäftigten an einem Ort und schlechter unfairer Bezahlung (Durchschnittslohn ca 120 €))

### 3) **Nutzer/User von Medien:**

- Durch bewusste Auswahl der genutzten bzw. umgekehrt: Nichtnutzung bestimmter Medien (sind im vorgeschriebenen Impressum zB beschrieben, wie die Eigentumsverhältnisse oder die Abhängigkeiten von bestimmten Interessen aussehen?)
- Weitergabe/Kommunikation relevanter Informationen, die in den tradierten Medien (Zeitungen, Zeitschriften, TV) nicht auftauchen, aber übers Internet und dessen diversen Plattformen kommuniziert werden

### 4) **Arbeitnehmer/Selbstständiger** = Mitglied im gesamtgesellschaftlichen Workflow des BIP

- Ausloten und Wahrnehmen der Handlungsspielräume, die ein solcher Platz zulässt
- Weitergabe relevanter Informationen, die sonst nicht kommuniziert werden (am wenigsten von der Unternehmensleitung - Beispiel: verschwiegene Pannen in AKW's etc)

## II Mitsprache und Transparenz

Mitmachen, Mitreden usw. setzt Informationen über das voraus, worüber man mitreden will oder soll. Dies sei hier mit „Transparenz“ bezeichnet.

„Transparenz“ über immer mehr Arbeits- und Lebensbereiche nimmt seit langer Zeit kontinuierlich zu. Durch

### 1) einklagbare Rechte auf Transparenz bzw. Informationen gegenüber dem Staat/Politik:

- nach den Informations- und Freiheitsgesetzen (IFG) seit Ende der 90er Jahre in a) mehreren Bundesländern (siehe dazu [www.informationsfreiheit.de](http://www.informationsfreiheit.de)) sowie seit 2006 auch auf b) Bundesebene. Vorbild ist/war der Freedom of Information Act in den USA aus dem Jahre 1966/1974
- Umweltinformationsgesetz (UIG), das die EU seit den 90ern europaweit durchgesetzt hatte und den Bürgern sehr weitgehende Informationsrechte in diesem Bereich einräumt (oft weitergehend als nach den IFG-Gesetzen)
- Offenlegungspflichten des Staates durch
  - Haushaltspläne
  - Subventionsberichte
  - Protokolle von öffentlichen parlamentarischen Sitzungen
  - T.w. öffentlicher Zugang zu Sitzungen/Hearings von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA)
  - Öffentlichkeit solcher PUA-Abschlussberichte
  - Bilanzierung von Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz der Öffentlichen Hand sind und dann auch nach den IFG's Auskunft geben müssen
- Angaben zB der Bundestagsabgeordneten nach ihren Nebeneinkünften (Pay-rolls, auf denen sie stehen)

### 2) durch **neue gesetzliche Regelungen bei Unternehmen** hinsichtlich

- Jahresabschlüssen (G+V, Bilanz, Beteiligungsübersichten etc) bereits mittlerer und t.w. auch kleiner Unternehmen
- Jahresabschlüsse bzw. Geschäftsberichte bei großen Unternehmen, insbesondere Kapitalgesellschaften

### 3) **Medien**

- Impressum: Angabe der Eigentümer (nicht die dahinter stehenden Eigentümer)
- Leider noch nicht: Bekanntgabe zB der politischen Interessen und/oder Abhängigkeiten

### 4) Zunahme der Transparenz auch durch eine **kontinuierliche Transparenz-Entwicklung**:

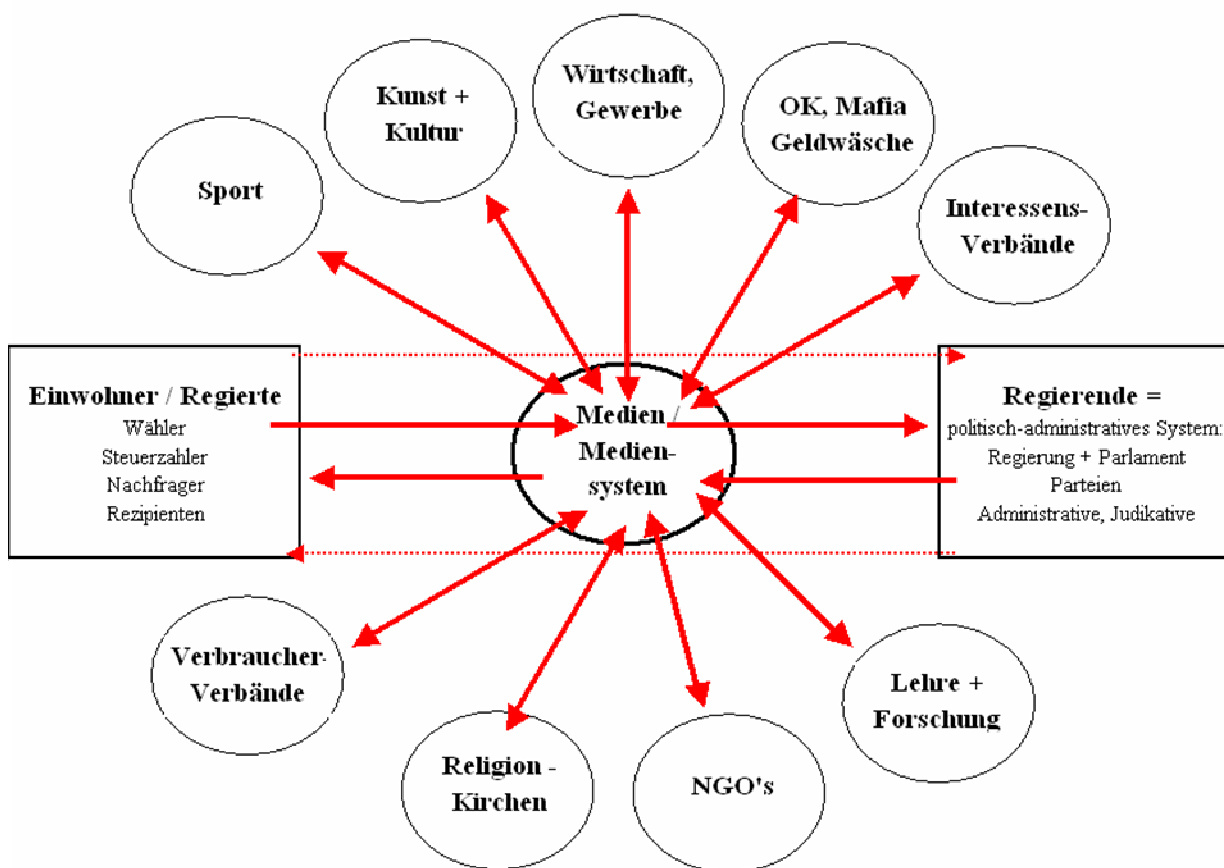
- Bei ‚staatlichen‘ Unternehmen oft durch die Rechtsprechung der Gerichte
- Versicherungen müssen neuerdings ihre stillen Reserven offenlegen (jahrelanger Druck des Bundes der Versicherten (BdV, vgl. [www.bunderversicherten.de](http://www.bunderversicherten.de))
- EU-Agrarsubventionen: namentlicher Ausweis der Begünstigten unter
  - [www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de)
  - <http://farmsubsidy.org> (Plattform einer journalistischen NGO)
- andere Plattformen (meist von NGO's und ähnlichen Bewegungen initiiert und getragen), z.B:
  - [www.spickmich.de](http://www.spickmich.de)
  - [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)
  - [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)
  - [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

### III Erosion des traditionellen Mediensystems und neue Formen der Sozialen Kommunikation (Web 2.0, Social Media)

Das tradierte Mediensystem ist u.a. durch

- **Einseitigkeit der Kommunikationsrichtung** (Medianbieter > Mediennutzer)
- **Auswahl/Selektion** und Aufbereiten der Informationen durch Hauptberufliche gekennzeichnet. Die Selektion/Filterung der Informationen und Nachrichten richtet sich dabei nach
- dem publizistisch-journalistischen Konzept des Mediums (z.B. BILD-Zeitung versus taz oder ZDF versus RTL II)
- den wirtschaftlichen Abhängigkeiten, z.B. durch Werbung
- den Interessen und Motiven der Besitzer bzw. deren Manager
- den vorhandenen Freiräumen der tatsächlichen Medienmacher und deren individuellen Interessen
- sowie dem Platzangebot (z.B. Seiten- bzw. Sendezeitbegrenzung)

Bis zur Innovation des digitalen und virtuellen Internets sowie handlicher Browser Mitte der 90er Jahre hatten die tradierten Medien eine absolute und unumgängliche Vormachtstellung innerhalb der so genannten Öffentlichen Kommunikation. Dieses System ist seither in stiller Auflösung



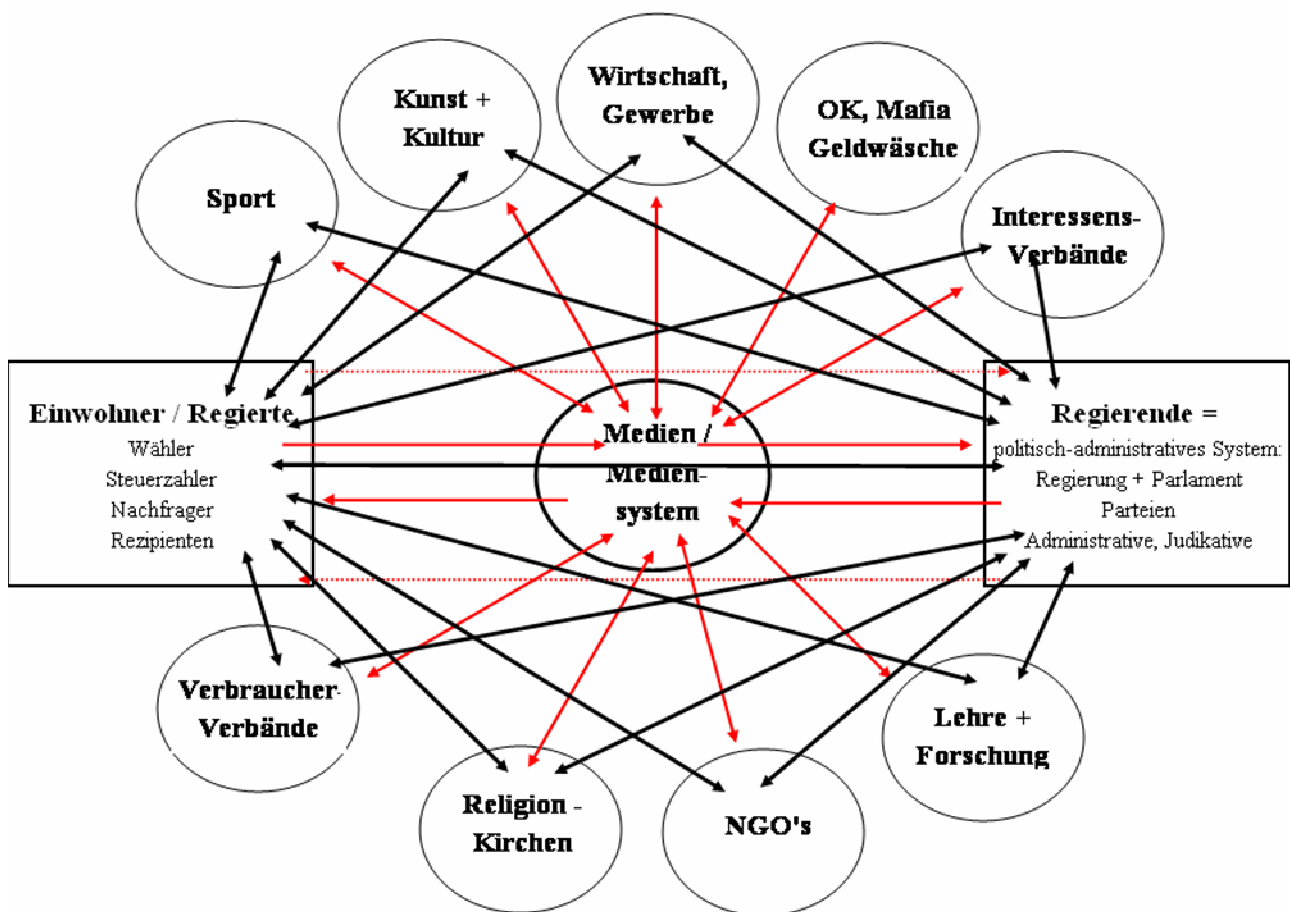
Beim traditionellen System lief praktisch die gesamte Öffentliche Kommunikation, egal ob von den Regierenden (rechte Seite) zu den Regierten (links) oder von einem gesellschaftlichen Bereich (z.B. Wirtschaft) **über das zentral als Kommunikator implementierte Mediensystem** (siehe Grafik oben) und dessen mediale Filter. Wer (Person, Institution) oder was (Information, Nachricht) da nicht in dieses mediale Kommunikationssystem ‚hineinkam‘, blieb außen vor. Aus diesem Grund hatte sich seit den 70er Jahren nach und nach eine Art „Gegenöffentlichkeit“ aufgebaut, die aber aufgrund der damals noch analogen Kommunikati-

onstechnik (vor allem Print, z.B. Flugblätter, kleine Zeitungen oder Newsletter etc) wenig flächendeckende Aufmerksamkeit und Wirkung generieren konnte.

Durch die zunehmende digitale und virtuelle Vernetzung via Internet nimmt die Bedeutung des tradierten Mediensystems kontinuierlich ab, weil sich als Gegenpart bzw. als ergänzende Medienkanäle immer mehr Informationsplattformen bilden, die zum großen Teil von Mediennutzern („Prosumenten“ = Begriffskombination aus „Produzent“ und „Konsument“) und nicht mehr ausschließlich von hauptberuflichen Medien- und Informationsmachern betrieben werden. Die Öffentliche Kommunikation wird damit

- vielfältiger und ‚bunter‘
- breiter und flächendeckender
- filigraner und detaillierter,

weil insbesondere jene Informationen kommuniziert werden, die die tradierten Medien – aus welchen Gründen auch immer (s.o.) – nicht verbreiten (wollen):



Mit dieser medialen und damit auch politischen Ausdifferenzierung wird die Zivilgesellschaft immer mehr auch zum aktiven Kommunikator bzw. Mediator innerhalb der Öffentlichen Kommunikation. Damit gelangen immer neue bzw. andere Informationen in dieses neue Netz an Öffentlichkeit. Umgekehrt lassen sich immer weniger ‚unerwünschte‘ Informationen oder Wirklichkeiten seitens daran Interessierter verbergen.

## IV Die Zivilgesellschaft als (aktiver) Kommunikator

(Sehr) Vieles, was geschieht bzw. was als Affäre oder Skandal öffentliche Wellen schlägt und damit Veränderungen induziert, wird durch so genannte Informanten und/oder Whistleblower initiiert.

**Informanten** sind Menschen, die sich direkt an die Medien wenden und ihre (brisanten bzw. relevanten) Informationen über diesen Weg öffentlich machen. Dies hat den Vorteil, dass diese Informanten rechtlich geschützt sind, d.h. dass ihnen nichts passieren kann, wenn sie dabei selbst keine Fehler machen (zB sich dabei ‚erwischen‘ lassen). Wenn Menschen z.B. aus ihrem Arbeitsleben Informationen preis geben, verstoßen sie in so gut wie allen Fällen gegen geltendes Recht: gegen ihren Arbeitsvertrag, Treuepflichten gegenüber ihrem Arbeitgeber, Nichteinhaltung der offiziellen Kommunikationswege (zB über den dafür vorgesehenen Pressesprecher), Dienstpflichten, Geschäftsgeheimnisse und dergleichen mehr.

Auf der anderen Seite sind solche Informationen über Probleme, Missstände, drohende Gefahren etc – eigentlich - gesellschaftlich erwünscht. Die höchstrichterliche Rechtsprechung, aber auch der Gesetzgeber haben dem Rechnung getragen und das rechtliche Institut des **Informantenschutzes** eingeführt (Zeugnisverweigerungsrecht von Medien, Auskunft darüber geben zu müssen, von wem bestimmte Informationen stammen). Dies gilt sogar für die Verbreitung von rechtswidrig beschafften Informationen, wenn das „Öffentliche Interesse“ gewichtiger ist als das Interesse von Einzelpersonen (oder Unternehmen).

Beispiel für einen solchen erfolgreichen Workflow zwischen Informant und (traditionellem) Medium: die Spendenaffäre der UNICEF aus dem Jahre 2009. Die UNICEF, die sich heimlich professioneller Makler als Geldbeschaffer bediente und dafür enorme Provisionen zahlte, musste sich nach Bekanntwerden dieser Affäre völlig neu aufstellen (vgl. [www.ansTageslicht.de/Unicef](http://www.ansTageslicht.de/Unicef)).

Als **Whistleblower** werden Menschen bezeichnet, die sich entweder zunächst erfolglos an traditionelle Medien wenden, dort aber ihre ‚Geschichte‘ bzw. ihr Anliegen, nämlich Alarm zu schlagen, nicht loswerden, oder die von vorneherein andere Wege in die Öffentlichkeit gehen.

Beispiel: Der Callcenter-Mitarbeiter Detlef Tiegel aus Lübeck sollte 2008 mit illegal beschafften Datensätzen am Telefon Menschen ‚überfallen‘ und ihnen Glücksspiellose ‚verkaufen‘, teilweise sogar mit manipulierten Verträgen („Kaltaquise“). Tiegel schickte – anonym – einen solchen Datensatz an die Verbraucherzentrale in Kiel und fragte einige Tage telefonisch nach, ob das Paket auch angekommen sei. Auf Bitten bzw. Empfehlung der Verbraucherschützer outete sich der Callcenter-Angestellte daraufhin beim Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL, der entsprechend berichtete. Da dies kurz nach Bekanntwerden der Bespitzelungsaffäre durch die Deutsche Telekom AG geschah, war die öffentliche Aufregung so groß, dass die ‚hohe Politik‘ auf einem „Datengipfel“ das Datenschutzgesetz in mehreren Punkten novellieren musste. Trotz namentlichen Bekanntwerdens des Whistleblowers gelang es ihm, in der selben Branche eine neue Anstellung zu finden (vgl. [www.ansTageslicht.de/Tiegel](http://www.ansTageslicht.de/Tiegel)).

Andere Fälle des Whistleblowings hingegen gehen für die Betroffenen schlechter aus, weil es keinerlei Schutzvorkehrungen für Whistleblower gibt (im Gegensatz zu Informanten, die sich an die Medien wenden und dadurch anonym agieren können).

Diese **Konstellation ist in Deutschland paradox**, muss aber aufgrund von Vorgaben seitens des G20-Gipfels im Jahre 2010 (Seoul) in absehbarer Zeit zumindest im Bereich der Korruptionsaufklärung gesetzlich gelöst werden.

Bis dahin und für alle anderen Bereiche gehen Whistleblower vergleichsweise sehr große Risiken ein, die in aller Regel mit Mobbing beginnen und mit der Entfernung aus dem Dienst/Arbeitsplatz enden (vgl. z.B. [www.ansTageslicht.de/Bixler](http://www.ansTageslicht.de/Bixler)). Dies geht hierzulande so weit, dass beispielsweise in Hessen 4 Steuerfahnder zwangsweise psychiatrisiert wurden, um sie entlassen zu können (vgl. [www.ansTageslicht.de/Steuerfahnder](http://www.ansTageslicht.de/Steuerfahnder)).

Wie wichtig Menschen sind, die z.B. vorher, also rechtzeitig Alarm schlagen, wird bei jenen Vorfällen deutlich, bei denen es **keine Warner, also keine Informanten bzw. Whistleblower** gab:

- ICE-Unglück von Eschede (gebrochener, weil nicht gewarteter Radreifen, 101 Tote, über 100 Schwerverletzte mit lebenslangen Gesundheitsschäden)
- Concorde-Absturz Paris (bereits rd. 80 ähnliche Vorfälle zuvor, 113 Tote)
- Einsturz der Eisporthalle in Bad Reichenhall (keine Baugenehmigung, falsche Dachkonstruktion, falscher Leim, keine Wartung; 15 Tote)
- Diverse Flugzeugabstürze aufgrund ungenügender Wartung
- „Deepwater“-Desaster im Golf von Mexico (Ölfirma BP)
- Explosionsartige Kostensteigerungen bei der Hamburger Elbphilharmonie
- u.a.m. ....

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung von Whistleblowing durch Mitglieder der „Zivilgesellschaft“ setzt sich seit einiger Zeit eine neue Entwicklung durch: **Leak-Plattformen**, die gekennzeichnet sind durch

- hohe technische Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz für die Informanten/Whistleblower
- Eingang + Veröffentlichung von sehr sensiblen/brisanten bzw. gesellschaftlich relevanten Informationen
- dies teilweise auch in sehr großen Mengen: hohes Maß an Vollständigkeit solcher Informationen und Dokumente
- sehr hohe öffentliche und damit auch politische Wirkungen

Die bekannteste dieser Leak-Plattformen (obwohl nicht die erste), war Wikileaks. Mehrere andere Plattformen dieser Art – mit unterschiedlichen Konzepten im Detail – sind im Entstehen oder bereits am Arbeiten (eigentlich geplant, aber nicht etabliert: [www.OpenLeaks.org](http://www.OpenLeaks.org); bereits in Funktion: [www.derwesten/Recherche](http://www.derwesten/Recherche) : Portal der Tageszeitung WAZ in NRW; [www.taz.de](http://www.taz.de)).

Die neuen Techniken und Kommunikationsmöglichkeiten (Leak-Plattformen, Internet, Web 2.0, Social Media etc) sorgen letztlich für

- höhere Transparenz
- dichtere und flächendeckendere Informationsverbreitung
- und dadurch mehr Möglichkeiten der (rechtzeitigen) Einmischung in Vorgänge, die sonst nach den traditionellen Entscheidungs- und Handlungsmechanismen ablaufen würden.
- Sie sorgen dadurch von vorneherein für mehr öffentlichen Druck auf die sonst meist alleine agierenden Akteure



Potenzielle Probleme solcher anonymen Leaking-Plattformen ohne Rückkanal:

- Mangelnde Verarbeitungskapazität eingehender Informationen
- Unmöglichkeit von (z.B. Verständnis)Nachfragen
- Unzureichendes journalistisches Know-how in Bezug
  - auf das Verifizieren eingegangener Informationen
  - der Entscheidung über die (gesellschaftliche) Relevanz von Informationen und Themen
  - auf das 'Säubern' von Dokumenten etc
  - der persönlichen ‚Beratung‘ von (anonymen) Whistleblowern

## V Konkrete Formen des Engagements – ein kleiner Katalog

**Informieren Sie sich umfassend**, sprich vollständig. Nutzen Sie dazu geeignete Medien und Formate. Achten Sie darauf, wer solche Medien betreibt: mit welcher Qualität und mit welcher Motivation. Kaffeesatzgeplappere und Selbstdarstellung in Talk-Shows ist – für solche Zwecke – Zeitverschwendung.

Je umfassender Menschen informiert sind, umso weniger kann man ihnen ein X für ein U vormachen. Beispiele: These, dass die Unternehmen hierzulande so viel Steuern zahlen müssten (siehe Grafik Wirtschaftskreislauf); Unterschied zwischen Grenzsteuer- und Durchschnittssteuerbelastung.

Werden Sie Mitglied in einem beruflichen Fachverband. Bringen Sie dort Schnittstellen-Themen ein: solche die ihre Arbeitssituation mit dem restlichen Leben verbinden. Orientieren Sie sich an den Aktivitäten des VDI, der mit solchen Diskussionen und Anregungen in vielen Arbeits- und Lebensbereichen Standards und Normen hat setzen können.

**Nehmen Sie „Verantwortliche“ in die Pflicht**. Schreiben Sie ihnen und verlangen Sie nach Erklärungen. Bestehen Sie auf Antworten. Haken Sie nach, wenn keine oder unbefriedigende Antworten kommen. Geben Sie nie auf. Machen Sie klar, dass Sie Mitglied des Volkssouveräns sind: als Bürger oder Verbraucher. Und dass Sie im „Informationszeitalter“ ein Recht auf Informationen haben.

Praktizieren Sie, **wenn notwendig, zivilen Ungehorsam**, wenn Sie der Meinung sind, dass eine Vorschrift oder Regel (Gesetz, Anweisung etc)

- nicht korrekt/legitim zustande gekommen
- unsinnig
- oder sogar rechtswidrig ist bzw. anderen relevanteren Vorschriften und Vereinbarungen widerspricht.

Das bunte demokratische Leben hierzulande wurde/wird durch vielerlei solcher Aktionen genährt. Beispiele:

- aktive Verweigerung bei der Volkszählung von 1981/1987 und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: (Grund)Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Jahr 1983
- Verweigerungsrechte von Aufgaben/Arbeiten am Arbeitsplatz, wenn diese gegen Gesetze oder gegen die ‚Guten Sitten‘ verstoßen (z.B. Drucker muss keine Neo-Nazi-Plakate drucken), haben sich aufgrund entsprechender Klagen auch rechtlich etabliert.
- Steuerboykott in England gegen die von Margaret Thatcher eingeführte Poll Tax (Community Charge) als Kopfsteuer. 18 Millionen Briten verweigerten – sie läuteten damit das Ende der Thatcher-Ära ein

Werden Sie Mitglied in einer NGO. Noch besser: engagieren Sie sich in einer solchen Bewegung ‚von unten‘. Die üblichen Lobbyistenverbände (Gewerkschaften, ADAC, Bundesverband der Chemie etc) vertreten

in der Regel nur sehr spezifische Partikularinteressen ihrer Mitglieder (Stichwort Verbände-Demokratie). So genannte Nicht-Regierungs-Organisationen (Non-Governmental Organisations = NGO) haben weniger das Eigeninteresse im Sinn als die Interessen einer größeren Allgemeinheit. NGO-Aktivisten machen dies oft auch nur im ‚Nebenjob‘, verdienen jedenfalls mit solchen Arbeiten nicht das ‚Große Geld‘ – im Gegensatz zu den klassischen Lobbyistenvertretern. Viele dieser NGO's vertreten solche Interessen, die keine Lobby haben, weil die Themen und Probleme nur indirekt und/oder unmerklich die Interessen der Mehrheit tangieren und deshalb sehr viel schlechter zu bündeln und zu organisieren sind.

### **Beispiele:**

[www.transparency.de](http://www.transparency.de), [www.transparency.org](http://www.transparency.org)

tritt für Transparenz in allen Bereichen ein, kämpft gegen Korruption

[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de), [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)

bekannteste Umweltschutzorganisation, die bereits viele Dinge verändern/verbessern konnte

[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

Institution, die sich für Transparenz bei Lebensmitteln und deren Bestandteile einsetzt

[www.kritischeaktionare.de](http://www.kritischeaktionare.de)

Dachverband diverser Vereinigungen, die z.B. auf Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften kritische Fragen stellen und verschwiegene Informationen kommunizieren. Eine der aktivsten Vereinigungen:

[www.cbgnetwork.org](http://www.cbgnetwork.org): Coordination gegen BAYER-Gefahren

[www.attac.de](http://www.attac.de), [www.attac.org](http://www.attac.org)

Bewegung, die die Folgen der weltweiten Globalisierung regelmäßig zur Diskussion stellt und Aktionen durchführt

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de) [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org)

Amnesty International kümmert sich um Menschenrechte, Flüchtlinge, Verhaftete und in Gefängnissen einsitzende politische Häftlinge

[www.aerzte-ohne-grenzen.de](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de)

Medizinische Hilfsorganisation mit Projekten rund um die Welt, insbesondere in ‚schwächer‘ aufgestellten Regionen

[www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de)

Journalistische weltweite Hilfsorganisation; Themen: Pressefreiheit bzw. Unterdrückung von Meinungs- und Pressefreiheit, setzt sich für einsitzende Reporter und Journalisten ein

[www.ccc.de](http://www.ccc.de)

Chaos Computer Club, der im Gegensatz zu seiner Bezeichnung alles andere als ‚chaotisch‘ agiert, sondern klare Ziele und diese effektiv verfolgt, die u.a. Transparenz, Informationsfreiheit, Schutz privater Daten, Demokratisierung heißen

### **Leak-Plattformen:**

[www.wikileaks.org](http://www.wikileaks.org) (?); [www.OpenLeaks.org](http://www.OpenLeaks.org) (?);

[www.cryptome.org](http://www.cryptome.org); [www.brusselsleaks.org](http://www.brusselsleaks.org); [www.RuLeaks.net](http://www.RuLeaks.net); <http://transparency.aljazeera.net> u.a.m.

So genannte Leak- oder Enthüllungsplattformen haben regelmäßig einen hohen Bedarf an technologischem Know-how und Engagement!